

ersatzkasse report.



IN DIESER AUSGABE KRANKENFAHRTEN in der Kritik | VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER DER ERSATZKASSEN in der vdek-Landesvertretung | BIGGI BENDER im Interview mit ersatzkasse report. | WEISSBUCH PATIENTENSICHERHEIT

BADEN-WÜRTTEMBERG

VERBAND DER ERSATZKASSEN . FEBRUAR 2019

PRÄVENTION

Gesund und
unabhängig älter
werden



Mit dem Präventionsprojekt und unserem Projektpartner, dem Baden-Württembergischen Landesverband für Prävention und Rehabilitation (bwlv) soll erreicht werden, dass Bedarfe und Bedürfnisse zum Thema Suchtprävention von Pflegebedürftigen in stationären Pflegeeinrichtungen erarbeitet werden. Zu Risiken mit Suchtmitteln soll aufgeklärt und sensibilisiert werden. Die persönlichen Kompetenzen und individuellen Ressourcen der Pflegebedürftigen zum gesundheitsgerechten Umgang sollen gestärkt werden. Pflegebedürftige entwickeln Strategien und Kompetenzen zum reflektierten Umgang mit Suchtmitteln. Hierzu gehört auch ein Handlungsleitfaden zum Umgang mit Sucht(gefährdungen) in der stationären Pflege zur nachhaltigen Verstetigung und Implementierung von gesundheitsfördernden Standardabläufen. Das Thema „Sucht im Alter“ in der Altenpflege soll enttabuisiert werden.

NEUJAHRSEMPFANG 2019

Landtagspräsidentin Muhterem Aras: „Gerechtigkeit braucht Vielfalt!“

Einen dringenden Appell gegen Ausgrenzung und Abschottung innerhalb unserer Gesellschaft formulierte Landtagspräsidentin Muhterem Aras beim Neujahrsempfang vor 180 Gästen in Stuttgart. Die soziale Krankenversicherung ist eine Erfolgsgeschichte praktizierter Solidarität.

Gerechtigkeit braucht Vielfalt.“ Unter dieser prägnanten Überschrift hielt die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg ein Plädoyer für ein Gemeinwesen, dessen Infrastruktur das Miteinander aller ermöglicht. „Ausgrenzung und Abschottung zerstören den Grundkonsens dessen, was unsere Gesellschaft als Ganzes ausmacht“, betonte Aras beim Neujahrsempfang der B 52-VerbändeKooperation Baden-Württemberg, einer Arbeitsgemeinschaft des BKK Landesverbandes Süd, der IKK classic, der Knappschaft und des Verbandes der Ersatzkassen Baden-Württemberg (vdek), im Stuttgarter Literaturhaus. Anerkennend beschrieb sie die Sozialversicherung und das Gesundheitswesen in Deutschland, die ein „gesellschaftliches Wir“ formten und einen gemeinsamen Raum, der Menschen verbinde, als beispielgebend für eine Solidargemeinschaft.

„Die soziale Krankenversicherung ist eine Erfolgsgeschichte praktizierter Solidarität“, unterstrich Kai Swoboda von der B 52-VerbändeKooperation in

seiner Eröffnungsrede. „Sie ist die beste Werbung für das Miteinander in der Gesellschaft – und gegen jede Art der Ausgrenzung.“ Dass alle Versicherten den gleichen Anspruch auf die umfassende Gesundheitsversorgung haben, „um die uns die Welt beneidet“, sei eine historische Errungenschaft. „Unsere Aufgabe ist, solche Errungenschaften selbstbewusst zu verteidigen, wenn sie in Frage gestellt werden“, betonte Swoboda.

Die soziale Krankenversicherung ist eine Erfolgsgeschichte

Ganz praktische Herausforderungen für gelebte Vielfalt identifizierte Muhterem Aras in der Pflege, deren Bedarf nur mit Kräften aus dem Ausland gedeckt werden könne. Hier gelte es nicht nur, den Zuzug und die Weiterqualifikation zu regeln. „Wir brauchen auch eine Vorstellung davon, was für diese Menschen, die dauerhaft in unser Land kommen, wichtig ist – jenseits ihrer Arbeit“, sagte die Landtagspräsidentin. Eine in



Ein Appell



FOTO vdek / Georg J. Lopata

von
FRANK WINKLER
stellv. Leiter der
vdek-Landesvertretung
Baden-Württemberg

Als Veranstalter des Neujahrsempfangs ist es uns gelungen, die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Muhterem Aras MdL, als Gast und Rednerin für den diesjährigen Neujahrsempfang zu gewinnen. „Gerechtigkeit braucht Vielfalt“, so lautete der Titel ihrer Rede. Das war ein Appell. Aber sie begann ihre Ausführungen mit einem Dank, weil gerade die Sozialversicherungen diesen Grundsatz in unserem Land leben und sichern. Für sie heißt „die Interessen aller im Blick zu haben“ die vielen unterschiedlichen Lebensformen und Bedürfnisse in unserer Gesellschaft tatsächlich zu kennen. Das bedeutet auch, sich in viele unterschiedliche Interessenlagen hineindenken zu können. Den Dialog in alle Richtungen aktiv zu suchen. Für die gesetzliche Krankenversicherung ist dies, so Muhterem Aras, das Prinzip ihres Handelns. Selbstkritisch reflektierte sie, dass es in der politischen Auseinandersetzung daran manchmal etwas hapert. Die übergroße Mehrheit der Menschen ist über die gesetzliche Krankenversicherung Teil einer Solidargemeinschaft. Ein funktionierendes System gibt den Menschen Sicherheit, weil es für alle da ist. Daher bekommt es von Bürgerinnen und Bürgern insgesamt gute Noten. Dieses Prinzip gilt es zu bewahren und leistet zweifelsohne einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für den sozialen Frieden im Land.



FOTO vdek/Silvia Roth

DIE PRÄSIDENTIN DES LANDTAGS VON BADEN-WÜRTTEMBERG, Muhterem Aras MdL bei ihrer Rede vor 180 Akteurinnen und Akteuren des baden-württembergischen Gesundheitswesens beim diesjährigen Neujahrsempfang im Vinum des Literaturhauses in der Breitscheidstraße in Stuttgart.

sich vielfältige Verwaltung sei aufgrund ihrer vielen unterschiedlichen Perspektiven am besten geeignet, auf diese Bedürfnisse einzugehen. Gleichzeitig gelte es, im Rahmen einer kultursensiblen Pflege an den entscheidenden Stellen Menschen einzusetzen, die ein Gefühl dafür hätten, welche Konflikte entstehen könnten zwischen ausländischen Pflegekräften und Senioren, die in ihrem Leben keinen Kontakt zu anderen Kulturen hatten.

Als Beispiel nannte die Rednerin so genannte „Diversity-Abteilungen“ in erfolgreichen, großen Unternehmen, die dafür sorgten, dass in Teams Männer und

Frauen zusammenarbeiten, erfahrene mit jungen Mitarbeitern und Deutsche mit Menschen anderer Herkunft.

Konflikte aushalten und Gesellschaft gerechter machen

Mut, diese Unterschiede und die damit einhergehenden Konflikte auszuhalten, wünschte Muhterem Aras den rund 180 Gästen aus dem Gesundheitswesen. Das Gelingen von Integration, Chancengleichheit und Inklusion „wird unsere Gesellschaft nicht homogener machen und nicht konfliktfreier, aber gerechter.“ ■

VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNG

Gesundheit 4.0 – wie digital wird die medizinische Zukunft aussehen?

Schon jetzt sollten Sie sich die gesundheitspolitische Veranstaltung der B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg vormerken. Am Mittwoch, 17. Juli 2019, findet die Veranstaltung „Gesundheit 4.0 – wie digital wird die medizinische Zukunft aussehen?“ im Hospitalhof in Stuttgart statt. Diese wird um 13 Uhr beginnen. Erwartet werden wiederum ca. 250 Akteure des baden-württembergischen

Gesundheitswesens. Zugesagt haben bereits der Minister für Soziales und Integration, Manne Lucha MdL, und der Generalsekretär des Aktionsbündnisses Patientensicherheit, Hardy Müller. Wie gewohnt, werden wir Sie wiederum mit einem ausführlichen Einladungsprogramm anschreiben. Die Moderation liegt in Händen von Dr. Florian Staeck von der Ärzte Zeitung. Wir freuen uns schon heute auf Ihren Besuch.

RETTUNGSDIENST

Krankenfahrten in der Kritik

Der Verband der Ersatzkassen (vdek) hat im November mit seinen Mitgliedskassen alle Rettungsdienstorganisationen des Landes in die vdek-Landesvertretung eingeladen und die aktuelle Situation besprochen. Bekanntlich wurde 20 bis 30 privaten Mietwagenunternehmen im Land zum 31. Dezember 2018 gekündigt. Hintergrund waren Beschwerden und Qualitätsmängel, die sich daraus ergaben, dass die Differenzierung zwischen Krankentransporten nach dem Rettungsdienstgesetz und Krankenfahrten auf Grundlage des Gesetzes zur Personenbeförderung nicht beachtet worden sind. Viele Fahrten mit dem Liegendumietwagen sind in Wirklichkeit Krankentransporte gewesen, für die im Sinne der Patientinnen und Patienten höhere Anforderungen gelten. So ist den Fahrdiensten etwa das Umlagern, Heben oder Tragen von Patienten untersagt. Müssen Patientinnen und Patienten zum Beispiel mit Sauerstoff versorgt werden, dann dürfen diese nur mit einem regulären Krankentransportwagen gefahren werden.

Die Ersatzkassen und die Rettungsdienstorganisationen des Landes kamen überein, sich bei möglichen Engpässen umgehend auszutauschen. Bereits erkannte Engpässe beim Krankentransport werden umgehend angegangen. Die Leiterin der



FOTO vdek

IM FACHLICHEN AUSTAUSCH: Andreas Wolf / IG Privater Rettungsdienst Baden-Württemberg, Peter Neuhauser / Malteser Hilfsdienst Baden-Württemberg, Marcus Schauer / DRK Landesverband Baden-Württemberg, Ursula Adlhoeh / Johanniter Unfallhilfe Landesverband Baden-Württemberg, Birgit Wiloth-Sacherer / DRK Landesverband, Badisches Rotes Kreuz, Frank Winkler / vdek, Biggi Bender / vdek, Daniel Groß / Arbeiter-Samariter-Bund Baden-Württemberg, Winfried Plötze / BARMER, Sabine Rauen / DAK-Gesundheit, Udo Früh / vdek, Karsten Menn / BARMER, Oliver Schuckert / DAK-Gesundheit, Ralf Leberherz / vdek, Andreas Vogt / TK (von li. nach re.).

vdek-Landesvertretung, Biggi Bender: „Wir sind mit den Rettungsdienstorganisationen im Land in einem engen Austausch, um gegebenenfalls umgehend reagieren zu können.“ ■

VDEK

Verwaltungsratsmitglieder der Ersatzkassen in der vdek-Landesvertretung

Die vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg informierte die Verwaltungsratsmitglieder der Ersatzkassen aus Baden-Württemberg am 10. September 2018 über aktuelle gesundheitspolitische Themen



FOTO vdek

INFORMATIONEN AUS ERSTER HAND. Unser Foto zeigt Winfried Plötze / BARMER, Helmut Boschatzke-Wunder / KKH, Claudia Braun / DAK, Hansjürgen Schnurr / KKH, Brigitte Schäfer / KKH, Biggi Bender / vdek, Frank Winkler / vdek, Christel Dolder / vdek, Joachim Müller / vdek, Andreas Heldmaier / vdek (von li. nach re.).

Informationen aus erster Hand erhielten die Verwaltungsratsmitglieder der Ersatzkassen in der vdek-Landesvertretung in Stuttgart. Aus dem stationären Referat berichtete Christel Dolder (vdek) über die ambulante Versorgung im Krankenhaus – Formen und Bedeutung. Joachim Müller, Referatsleiter Pflege referierte über die Weiterentwicklung neuer Wohnformen sowie über die Pflegestützpunkte. vdek-Referent Andreas Heldmaier informierte über die Heilmittelversorgung in baden-württembergischen Kurorten. Frank Winkler, Referatsleiter Grundsatzfragen in der vdek-Landesvertretung, stellte aus dem Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention das gemeinsame Projekt der Ersatzkassen mit ihrem Verband „gesund und unabhängig älter werden“ vor. Zuvor wusste Biggi Bender (vdek) über Aktuelles aus der Landesvertretung Baden-Württemberg zu berichten. ■

„Die großen Themen sind die Zukunft der Pflege, die Digitalisierung und der Morbi-RSA“

Seit einem Jahr ist Biggi Bender Leiterin der vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg. Im Interview zeigt sie die großen Themen im Gesundheitswesen auf und wo sie hin will.

Interview: Frank Winkler

Frau Bender, seit einem Jahr sind Sie Leiterin der vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg, was konnten Sie erreichen?

Zunächst einmal freue ich mich, dass ich so freundlich in die Ersatzkassenfamilie aufgenommen wurde. Als Verband der Ersatzkassen vertreten wir die Interessen der Techniker Krankenkasse, BARMER, DAK-Gesundheit, Kaufmännische Krankenkasse, Handelskrankenkasse und der Hanseatischen Krankenkasse. Viel Luft holen konnte ich nicht, vielmehr habe ich mich gemeinsam mit meinem Team der vdek-Landesvertretung den drängenden Themen des Gesundheitswesens gewidmet. Die großen Themen lauten Zukunft der Pflege, die Digitalisierung und der Morbi-RSA. Mittlerweile ist klar, dass der Morbi-RSA weiterentwickelt werden muss, damit wieder faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Krankenkassen hergestellt werden. Wir haben deshalb unsere vdek-Position mündlich und schriftlich gegenüber dem Ministerium für Soziales und Integration deutlich gemacht. Wir wollen, dass der Morbi-RSA die unterschiedliche Kostenstruktur zwischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen auf dem Land in Zukunft berücksichtigt.

Die Zukunft der Pflege ist ein weiteres wichtiges Thema, womit wir uns im Land beschäftigen. Die Landesregierung hat den Kommunen das Optionsrecht für die Einrichtung von Pflegestützpunkten zugestanden. Wir haben zur Finanzierung und Ausstattung dieser



FOTO: vdek / Silica Roth

Beratungsangebote einen entsprechenden Rahmenvertrag ausgehandelt. Damit liegt das Land im Beratungsangebot für Betroffene und Angehörige weit vorne. Natürlich setzt Pflege, soweit sie professionell erbracht wird, allein oder als Unterstützung für Angehörige entsprechende Fachkräfte voraus. Für mich ist ganz entscheidend, zu erreichen, dass Pflegekräfte – egal ob beim Pflegedienst oder im Krankenhaus – nicht nach wenigen Jahren aus dem Beruf aussteigen. Dafür ist nicht nur die Bezahlung wichtig, sondern eben auch Arbeitsbedingungen, Arbeitsbelastung also insgesamt die Arbeitszufriedenheit. Dies muss uns Ersatzkassen deshalb ein Anliegen sein.

Ein weiterer Fokus ist die Digitalisierung. Die Digitalisierung bietet uns große Chancen, die Versorgung im Land zu verbessern. Mittels Telemedizin können Distanzen zwischen Arzt

und Patient überbrückt werden, durch Gesundheits-Apps werden Bürger besser aufgeklärt, die Telematikinfrastruktur ermöglicht die sichere Kommunikation zwischen Ärzten, Krankenhäusern, Krankenkassen usw. Die Zeit ist jetzt reif, und nach vielen Jahren der Vorbereitung und auch der gegenseitigen Blockaden kommt der Zusatznutzen jetzt bei den Versicherten an. In der Digitalisierung sind wir in Baden-Württemberg Impulsgeber. Stichworte sind hier das Modellprojekt zur Fernbehandlung, docdirekt und das Innovationsfondsprojekt CoCare.

Wir sind darüber hinaus bei den Vergütungsverhandlungen mit Ärzten und Zahnärzten mit allem Auf und Ab unterwegs, die Bundesaufsicht und die Landesaufsicht sollten in diesem Zusammenhang mehr an einem Strang ziehen. Wir stellen uns derzeit mit den Krankentransporten neu auf. Bei den auch in den

INTERVIEW

Medien gespiegelten Konflikten brauchte ich bisweilen starke Nerven. Darüber hinaus treibt uns das Thema „Integrierte Notfallversorgung“ im Rahmen von B 52 um. In der Prävention setzen wir ein deutliches Zeichen. Bei unserem ersatzkassengemeinsamen Projekt geht es uns um die Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen, um die Alltagskompetenzen in stationären Pflegeeinrichtungen zu erhalten.

Sie vertreten die Ersatzkassen nun im „Forum Gesundheitsstandort“ der Landesregierung. Mit welchen Vorschlägen können die Ersatzkassen den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg voranbringen?

Bei dem Forum Gesundheitsstandort geht es mir weniger um die Gesundheitswirtschaft als vielmehr um die Gesundheitsversorgung. Im Rahmen einer verbesserten Gesundheitsversorgung werden wir uns vor allem darum kümmern, dass vulnerable Zielgruppen medizinisch gut versorgt werden. Die gesundheitliche Chancengleichheit ist mir ein Anliegen. Für mich stellt sich immer die Frage, was hat der Patient davon, welchen Nutzen können wir beispielsweise auch aus der künstlichen Intelligenz für die Patientinnen und Patienten ziehen? Ich werde alles unterstützen, was die flächendeckende Gesundheitsversorgung im Land qualitativ

besser macht. Wir müssen also stets vom Nutzen für den Patienten denken.

Was haben Sie sich für dieses Jahr mit dem vdek vorgenommen?

Wir können nur dann eine gute Gesundheitsversorgung im Land auch weiterhin gewährleisten, wenn die Finanzierung gesichert ist. Wir haben unsere Forderungen zur Reform des Morbi-RSA auf Basis der beiden Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesversicherungsamt aktualisiert. Die Gutachten bestätigen uns, dass beim Morbi-RSA weiter Reformbedarf besteht. Hierfür will ich mich gegenüber dem Land einsetzen. Es kann nicht sein, dass die Spannweite bei den Über- und Unterdeckungen von mittlerweile rund 2,5 Mrd. Euro weiter Bestand hat. Sie wissen, dass die Ersatzkassen im Jahresausgleich 2016 mit 983 Mio. Euro unterdeckt, die AOK mit 1,5 Mrd. Euro überdeckt war. Die Themen Morbi-RSA, Pflege und die sinnvolle Umsetzung der Digitalisierung werden uns also auch im kommenden Jahr beschäftigen.

Wie sehen Sie die Ersatzkassen im Vergleich zu anderen Kassenarten in Baden-Württemberg aufgestellt?

Die grundsätzliche Einigkeit der Mitgliedskassen war immer auch die Stärke des Verbands der Ersatzkassen im Land. Hier müssen wir uns gegenüber den anderen Krankenkassenarten nicht verstecken. Ganz im Gegenteil wollen wir unseren Beitrag dafür leisten, damit eine qualitativ hochwertige Versorgung im Land auch weiterhin gewährleistet ist. Bei vielen politisch strategischen Themen im Gesundheitswesen sind wir bekanntlich auch kassenartenübergreifend als B 52 unterwegs oder GKV gemeinsam. Wir haben also stets die gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung für das Land im Blick. Dieses hohe medizinisch therapeutische und pflegerische Niveau wollen wir in Baden-Württemberg halten. ■

VDEK

Paritätische Finanzierung hergestellt



GRAFIK vdek

Seit Januar 2019 werden die Versicherten der Krankenkassen entlastet. Und das ist ein nun wirklicher Erfolg: Seit Jahresbeginn gibt es nun de facto die paritätische Finanzierung, welche ihren Namen auch verdient. Auch die Zusatzbeiträge werden bekanntlich je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezahlt. Dies hatte der Bundestag im Versichertenentlastungsgesetz (VEG) beschlossen. Dies ist zweifelsohne ein Erfolg für die Versicherten und alle jene, die sich in der Vergangenheit immer wieder für die Wiederherstellung der Parität eingesetzt haben. Auch der Verband der Ersatzkassen mit seiner vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg hatte die ungleiche Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und -nehmer immer wieder angesprochen und in Pressemitteilungen und auf Diskussionspodien kritisiert. Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung leistet auch einen Beitrag für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit dem Gesetz (VEG) wird zudem die Mindestbeitragsbemessungsgrenze für Selbständige gesenkt und mit der geltenden Mindestbemessungsgrenze für freiwillig Versicherte gleichgesetzt.

ZUR PERSON

Biggi Bender ist seit dem 15. Januar 2018 Leiterin der vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg. Von 2002 bis 2013 war die Juristin gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion und danach selbstständige Beraterin im Gesundheitswesen. Von 1988 bis 2001 gehörte sie dem Landtag von Baden-Württemberg an, unter anderem als Fraktionschefin der Grünen.

Wegweiser für zentrale Verbesserungen

Das Aktionsbündnis Patientensicherheit e. V. (APS) und der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) fordern eine Offensive für die Patientensicherheit. Mit Prof. Dr. Matthias Schrappe von der Universität zu Köln haben sie das „Weißbuch Patientensicherheit“ vorgestellt.



FOTO: spornatphoto - fotolia by Adobe

In Sachen Patientensicherheit ist in den letzten Jahren schon einiges erreicht worden. Dennoch gibt es erheblichen weiteren Verbesserungsbedarf in allen Bereichen des Gesundheitswesens. In Krankenhäusern beispielsweise verlaufen 90 bis 95 Prozent aller Krankenhausbehandlungen ohne Zwischenfälle. Bei fünf bis zehn Prozent (ein bis zwei Millionen Patienten) pro Jahr treten dagegen „unerwünschte Ereignisse“ auf, von Druckgeschwüren über Fehldiagnosen bis hin zu schweren Infektionen. Vermeidbar wären bis zu 800.000 dieser „unerwünschten Ereignisse“, zeigt das Weißbuch.

Patientensicherheit wird heute fast ausschließlich aus der Perspektive der Einrichtungen und für operative Akuterkrankungen, wie zum Beispiel Komplikationen einer „Hüft-OP“, diskutiert. „Patientensicherheit ist jedoch mehr als die Vermeidung bestimmter Komplikationen“, so Weißbuch-Autor Schrappe. „Sie muss auch als Eigenschaft von Teams, Organisationen und sogar des gesamten Gesundheitswesens verstanden werden. Ihre Innovationskraft ist in den Dienst der Verwirklichung dieses Ziels zu stellen.“

Im Weißbuch Patientensicherheit werden unter anderem ein erweitertes Verständnis von Patientensicherheit, eine Patientensicherheitskultur in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie eine aktive Einbindung der Patienten gefordert. APS und vdek formulierten zudem sieben konkrete Forderungen und rufen zu einer Patientensicherheitsoffensive auf.

»Dieses Engagement in Sachen Qualität wollen wir fortführen.«

Ulrike Elsner, vdek-Vorstandsvorsitzende

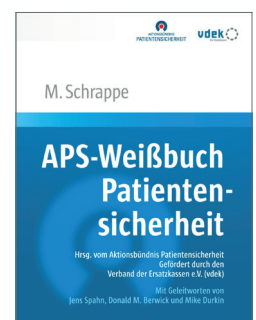
Das APS hatte das Projekt der Erstellung des Weißbuchs ins Leben

gerufen und intensiv begleitet. Im Rahmen der Patientensicherheitsoffensive fordert das APS unter anderem, dass Patientensicherheit fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung aller im Gesundheitswesen Tätigen wird und Verantwortliche für Patientensicherheit eingerichtet werden.

Handlungsbedarf bei Hygiene und Infektionsprävention

„Für die Verbesserung der Versorgungsqualität und Patientensicherheit setzen sich die Ersatzkassen seit Jahren ein“, sagt Ulrike Elsner, Vorstandsvorsitzende des vdek. „Dieses Engagement in Sachen Qualität wollen wir fortführen und fördern daher das Projekt Weißbuch.“ Handlungsbedarf sieht Elsner insbesondere im Bereich der Hygiene und Infektionsprävention. Im Forderungspapier von APS und vdek finden sich hierzu Maßnahmen von einer bundeseinheitlichen Hygienerichtlinie bis zu einer Aufklärungskampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Sepsis als Notfall. Zudem fordert Elsner die verpflichtende Einführung von einrichtungsübergreifenden Fehlermeldesystemen an allen Krankenhäusern sowie die Einbeziehung der Erfahrungen von Patienten und Angehörigen durch Fragebögen, um Fehlerquellen aufzudecken. Zudem sei die Einführung eines Implantatregisters für sämtliche Hochrisikomedizinprodukte (etwa Herzklappen) längst überfällig.

www.aps-ev.de/aps-weissbuch/



INTERVIEW

„Agenda zur Patientensicherheit“

Hedwig François-Kettner, Vorsitzende des Aktionsbündnisses Patientensicherheit e. V. (APS), im Gespräch über das Weißbuch.

Das APS setzt sich für die Verbesserung der Patientensicherheit ein. Wie lautet dabei Ihre Prämisse?

Nur wer anerkennt, dass Fehler passieren, dass Strukturen und Prozesse zu vermeidbaren Patientenschäden führen, kann Fehlerursachen finden und abstellen. Aus dieser Überlegung heraus haben sich im Jahr 2005 Vertreter der Gesundheitsberufe, ihrer Verbände und der Patientenorganisationen im APS zusammengeschlossen, um Beteiligte und Betroffene zusammenzubringen, damit Lösungen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Patientensicherheit von der Praxis für die Praxis entwickelt und verbreitet werden.

Was wurde seit Gründung des APS erreicht?

Viel! Mittlerweile sind Maßnahmen wie OP-Checklisten, Vorkehrungen zur Vermeidung von Patientenverwechslungen oder auch die Aktion Saubere Hände zur Verbesserung des Bewusstseins für Hygiene in vielen Einrichtungen ganz selbstverständlich Teil des Krankenhausalltags. Fehlermeldesysteme und verpflichtendes einrichtungsinternes Qualitätsmanagement stehen im Gesetz. Trotzdem: Zu vieles wurde noch nicht erreicht! Deshalb hat sich das APS entschlossen, mit dem Weißbuch eine Agenda zur Patientensicherheit zu entwickeln. Für dieses Projekt haben wir zwei starke und unverzichtbare Partner gefunden: Zum einen Prof. Dr. Matthias Schrappe von der Universität zu Köln. Er hat als Autor des Weißbuchs in herausragender Weise die Aufgabe erfüllt, nicht nur eine präzise und fundierte Analyse der Ist-Situation zu liefern, sondern auch Ansätze dafür, was in Zukunft noch besser gemacht werden kann. Sein Konzept der komplexen

Mehrfachinterventionen ist wegweisend. Zum anderen den vdek, der weit mehr ist als nur ein Geldgeber für das Projekt. Denn als großer Krankenkassenverband hat er die Chance, die entwickelten Ansätze auch in die Versorgung mit einzubringen.

Was ist für Sie die wichtigste Forderung?

Wir als APS möchten die Einbindung von Patienten und Angehörigen an die erste Stelle rücken. Es ist an der Zeit, die Patientenrolle mit Blick auf die Patientensicherheit neu zu definieren. Der Ethikrat hat in seinem vielbeachteten Statement zum Patientenwohl als ethischen Maßstab im Krankenhaus den Begriff der selbstbestimmungsermächtigenden Sorge geprägt. Dieser Gedanke gilt auch für die Patientensicherheit: Patienten und ihre Angehörigen müssen mit allen Mitteln in die Lage versetzt werden, zu ihrer eigenen Sicherheit beitragen zu können. Dazu gehören gute Aufklärung, intensive Kommunikation und Anleitung und patientenverständliche und -orientierte Informationen. Im Sinne der komplexen Mehrfachinterventionen ist auf dem Weg zu diesem Ziel nicht nur das APS gefragt, den Professionellen im Gesundheitswesen ebenso wie den Patienten unterstützende Materialien zur Verfügung zu stellen. Es sind gleichsam regulatorische Vorgaben über Gesetzgeber und den Gemeinsamen Bundesausschuss nötig.

An welche Vorgaben denken Sie?

Damit komme ich zur zweiten Forderung: Dass die Bedeutung guter Kommunikation und auch Techniken und Erfahrung im Umgang mit Patienten im Medizinstudium nicht fehlen dürfen, haben wir als APS im Jahr 2017 mit dem Schwerpunkt „Patientensicherheit und



FOTO Natascha Zhadnovic

HEDWIG FRANÇOIS-KETTNER, Vorsitzende des APS

Kommunikation“ vielfach beschrieben und setzen die Bemühungen darum fort. Genauso Patientensicherheit: Diese muss integraler Bestandteil der Ausbildung in allen Gesundheitsberufen werden, ganz im Sinne der im Weißbuch entwickelten Definition von Patientensicherheit als Fähigkeit, immer neue Verbesserungspotenziale zu erkennen und zu nutzen. Und ebenso, wie Patientensicherheit nicht in einer einzigen Anstrengung herstellbar ist, sondern der täglichen, kontinuierlichen Anstrengung bedarf, muss dieses Thema auch im Rahmen des lebenslangen Lernens am Arbeitsplatz in Fort- und Weiterbildungen immer wieder aktualisiert werden.

Wie kann das am besten gelingen?

Dass Patientensicherheit in den Einrichtungen des Gesundheitswesens immer neu evaluiert, weiterentwickelt und durchgesetzt werden muss, geschieht nicht von allein. Jemand muss die Ressourcen dafür einfordern und zur Verfügung stellen. Deshalb ist eine dritte Forderung die Einrichtung von Verantwortlichen für die Patientensicherheit. Wir möchten damit zum Ausdruck bringen, dass Patientensicherheit nachdrücklich und verantwortlich in die Führungsebene jeder Organisation im Gesundheitswesen gehört. (rn) ■

BÜCHER

Gute Medizin, schlechte Medizin

In dem vorgestellten Buch heißt es: Keine unnötigen Pillen mehr, keine Operation ohne Grund! Unser Gesundheitssystem ist – so die Bewertung des Autors – von vielfältigen wirtschaftlichen Interessen durchsetzt. Höchste Zeit also, dass Sie sich Grundlagenwissen über verbreitete Krankheiten und geeignete Therapien sowie Möglichkeiten der Selbstdiagnose aneignen. Der Mediziner Peter C. Gøtzsche beurteilt alle üblichen medizinischen Behandlungen auf der Basis von Studien auf ihre Wirksamkeit. Doch urteilen Sie selbst.



Prof. Peter C. Gøtzsche
Gute Medizin, schlechte Medizin
352 Seiten, 24,99 Euro
riva Verlag

Geriatrisch-Rehabilitatives Basis-Management

Die geriatrische Rehabilitation ist eine wesentliche Säule in der Sicherung der Teilhabechancen älterer Menschen nach akuter Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder nach Verschlimmerung einer chronischen Erkrankung, indem durch das koordinierte Zusammenwirken eines interdisziplinären Teams die Wiederherstellung verlorengangener Fähigkeiten und der Rückgewinn der Alltagskompetenz ermöglicht wird.



Jamour, Metz, Becker (Hrsg.)
Geriatrisch-Rehabilitatives Basis-Management
132 S., 44,00 Euro
Verlag Kohlhammer

PRÄVENTIONSBERICHT 2018

Wo wir in der Prävention stehen

Die GKV hat in 2017 ihre Ausgaben für Prävention und Gesundheitsförderung um 1 Cent über die vorgegebene Marke von 7,17 Euro pro Versicherten ausgeschöpft, nämlich 7,18 Euro (Quelle: Präventionsbericht 2018).

Wurden 2016 noch 474 Mio. Euro ausgegeben, so waren es in 2017 519 Mio. Euro. Ein Anstieg von rund 10 Prozent. Knapp 8 Mio. Versicherte sind durch entsprechende Angebote oder Projekte erreicht worden. Im Bereich der Gesundheitsförderung in Lebenswelten ergab sich ein Ausgabenanstieg von 30 Prozent. Dieser liegt für 2017 bundesweit bei 153,2 Mio. Euro, 2,12 Euro je Versicherten. Rund 1,1 Mio. Versicherte mehr als 2016, nämlich 4,45 Mio. Menschen, sind im Vorjahr mit Leistungen der Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten erreicht worden.

In der betrieblichen Gesundheitsförderung erreichte die GKV im Jahr 2017 1,85 Mio. Beschäftigte, 29 Prozent mehr als 2016. Die Ausgaben dafür belaufen sich auf 158 Mio. Euro, 6,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die gesetzliche Zielmarke in diesem Setting, mindestens 2,05 Euro je Versicherten, wurde um 14 Cent je Versicherten übertroffen. Die individuelle, verhaltensbezogene Prävention ist der größte Kostenblock. Mit knapp 208 Mio. Euro sind die Ausgaben hierfür erstmals um 3 Mio. im Vergleich zu 2016 gesunken. Die Zahl der Kurs Teilnehmer blieb mit 1,67 Mio. unverändert. Bei der Prävention in stationären Pflegeeinrichtungen haben sich die dafür investierten 8,51 Mio. Euro im Vergleich zu 2016 fast verdoppelt.

VDEK-BASISDATEN

Neu erschienen

Die Zahl der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erreichte Ende 2018 mit mehr als 73 Millionen Menschen einen neuen Rekordwert. Dagegen sank die Zahl der Krankenkassen erneut auf derzeit 109. Fast unverändert blieb nach den aktuellsten Daten von 2017 dagegen die Zahl der Pflegekräfte in den Krankenhäusern während die Anzahl der Klinikärzte erneut



GRAFIK vdek

„vdek-Basisdaten des Gesundheitswesens 2018 / 2019“.

Ein kostenloses Exemplar der 23. Auflage der vdek-Basisdaten kann unter basisdaten@vdek.com bestellt werden. Zusätzlich zur Printausgabe stehen sämtliche Inhalte der vdek-Basisdaten unter www.vdek.com/presse/daten.html zum kostenlosen Download bereit. Die Grafiken und Daten werden kontinuierlich aktualisiert.

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesvertretung
Baden-Württemberg des vdek
Christophstr. 7, 70178 Stuttgart
www.vdek.com
Telefon 07 11 / 2 39 54-19
E-Mail frank.winkler@vdek.com
Redaktion Frank Winkler
Verantwortlich Biggi Bender
Druck Kern GmbH, Bexbach
Konzept ressourcenmangel GmbH
Grafik Schön und Middelhaufe GbR
ISSN-Nummer 2193-2220